

Presseinformation

12. Juni 2024

Neuerungen im Wohnbau in Niederösterreich

LR Teschl-Hofmeister: Bis 2026 rund 7.000 neue Wohneinheiten

„Das Land Niederösterreich arbeitet mit Hochdruck daran, den Landsleuten leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die gemeinnützigen Bauvereinigungen und die Wirtschaft sind dabei gute und verlässliche Partner. Das zeigt sich auch daran, dass Niederösterreich im Bundesländervergleich beim Verhältnis von geförderten zu insgesamt errichteten Wohneinheiten auf Platz zwei liegt“, sagte Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister am heutigen Mittwoch in St. Pölten, wo sie gemeinsam mit Günther Lehner von der Landesinnung Bau Niederösterreich und Martin Schuster, dem Direktor der NÖ Bau- und Siedlungsgenossenschaft NBG, Neuerungen zum Wohnbau in Niederösterreich präsentierte.

Auf die Herausforderungen von den hohen Zinsen über die gestiegenen Bau-, Energie- und Rohstoffkosten bis zur KIM-Verordnung habe das Land Niederösterreich im Vorjahr mit einem neuen Wohnbaufördermodell reagiert, das geringgehaltene Belastungen für die Mieter bei gleichzeitig bis zu 1.800 geförderten Wohneinheiten pro Jahr sowie eine bessere Planbarkeit für Mieter, Wohnbauträger und das Budget des Landes bringen soll, führte die Landesrätin weiter aus und nannte als dessen Eckpunkte den Fokus auf sozial schwächere Haushalte, den großvolumigen Wohnbau, mehr Sanierung und das „Junge Wohnen“.

In Bezug auf einkommensschwächere Personen erinnerte Teschl-Hofmeister daran, dass jährlich über 45.000 Familien unterstützt würden, im Vorjahr über 15.500 Anträge auf Wohnzuschuss bzw. Wohnbeihilfe bewilligt und knapp 38,6 Millionen Euro an nicht rückzahlbaren Zuschüssen ausbezahlt worden seien und zudem die Einkommensobergrenze angehoben und eine einheitliche Betriebskostenpauschale eingeführt worden sei.

„Um den großvolumigen Wohnbau zukunftsfit zu machen, wird das Land Niederösterreich in den Jahren 2024 bis 2026 jeweils 130 Millionen Euro an Darlehen aufnehmen. Dazu kommt der Zweckzuschuss des Bundes in der Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro, von denen 147,5 Millionen Euro auf Niederösterreich entfallen. Somit werden mit den Mitteln des Bundes und des

Presseinformation

Landes in den kommenden drei Jahren 7.000 neue Wohnungen entstehen“, betonte die Wohnbau-Landesrätin.

Für die beiden Schwerpunkte „Junges Wohnen“ und „Begleitetes Wohnen“ rechnete sie jeweils auf Basis einer 60 Quadratmeter großen Wohnung vor, dass in ersterem Fall die GBV rund 107.000 Euro als nicht rückzahlbaren Einmalzuschuss erhalte, was die monatliche Miete um ca. 11 Prozent reduziere und eine jährliche Ersparnis von 800 Euro bringe. Beim „Begleiteten Wohnen“ wiederum betrage der Zuschuss 115.000 Euro, die Mietreduktion 12 Prozent und die Jahresersparnis knapp 1.000 Euro.

Als einen weiteren wichtigen Punkt sprach Teschl-Hofmeister abschließend den Zweckzuschuss von 43,5 Millionen Euro des Bundes für die Sanierung an: „Somit kann zusätzlich zur Regelförderung ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in der Höhe von 20 Prozent der Sanierungskosten beantragt werden. Mittels dieses Zuschusses können bis zu 3.400 Wohneinheiten in der Wohnungssanierung gefördert werden“. Neu sei zudem auch, dass mit der geplanten Richtlinienänderung am 18. Juni auch die Sanierungsförderung des Landes von großvolumigen Wohngebäuden durch die Anhebung der Annuitätzuschüsse von jährlich 4 auf 6 Prozent der jeweils anerkannten Sanierungskosten profitiere.

Günther Lehner erinnerte an die dramatischen Einbrüche im privaten und geförderten Wohnbau und betonte: „Niederösterreich wächst – um 6.000 bis 8.000 Einwohner pro Jahr“. Martin Schuster bezog sich insbesondere auf die Sanierung, wobei er sich jetzt den Auftakt für mehr Volumen erwartet: „Sanierung schafft neuen Wohnraum, wirkt der Bodenversiegelung entgegen und trägt zur Attraktivierung der Zentren bei“.

Nähere Informationen beim Büro LR Teschl-Hofmeister unter 02742/9005-12655, Dieter Kraus, und e-mail dieter.kraus@noel.gv.at.



Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister präsentierte gemeinsam mit Günther Lehner von der Landesinnung Bau Niederösterreich (links) und Martin Schuster, dem Direktor der NÖ Bau- und Siedlungsgenossenschaft NBG (rechts), Neuerungen zum Wohnbau in Niederösterreich.



Presseinformation

© NLK Pfeffer